

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Dezember 2009

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Miriam Greif

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 07. bis zum 13. Dezember 2009

I. Institutionelle Angelegenheiten

Vertrag von Lissabon wird zügig umgesetzt

Der Europäische Rat stellte am 10./11.12. fest, dass der Vertrag problemlos in Kraft getreten ist. Am 01.12. hätten Herman Van Rompuy das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates und Catherine Ashton das Amt der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik angetreten. Die Hohe Vertreterin wird ersucht, rasch den Vorschlag über die Organisation und die Arbeitsweise des Europäischen Auswärtigen Dienstes vorzulegen, damit dieser zusammen mit den dazugehörigen Rechtsakten bis Ende April 2010 angenommen werden kann. Die Kommission solle so bald wie möglich einen Gesetzgebungsvorschlag zur Bürgerinitiative vorlegen, damit dieser noch im ersten Halbjahr 2010 angenommen werden kann. Das EP und die Kommission werden zum spanischen Vorschlag für eine Änderung der Verträge hinsichtlich der Erhöhung der Zahl der Europaabgeordneten angehört.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st17/st17033.de09.pdf> (Sachstand Vorsitz)

Trotz Lissabon-Vertrag wenig Transparenz bei Ratstagungen

Bei der Tagung des Ecofin-Rats am 02.12. wurde beim Punkt Finanzaufsicht die Sitzung für drei Stunden unterbrochen, damit in bilateralen Gesprächen zwischen dem Vereinigten Königreich, dem schwedischen Ratsvorsitz, der EU-Kommission, Deutschland und Frankreich ein Kompromiss über die vor allem von Großbritannien gewünschte Abschwächung des Kommissionsvorschlags erzielt werden konnte. In der eigentlichen Sitzung ist der Punkt innerhalb von neun Minuten (einstimmig) erledigt worden, ohne dass etwas über die Hintergründe des Kompromisses mitgeteilt wurde. Beobachter gehen davon aus, dass die nunmehr geltende Öffentlichkeit der Ratsitzungen bei Gesetzgebungsvorhaben, auch in Zukunft durch derartige Hinterzimmergespräche unterlaufen wird.

<http://www.irishtimes.com/newspaper/world/2009/1208/1224260296405.html>

Berater von Bundeskanzlerin Merkel zukünftiger EU-Ratssekretär

Die Staats- und Regierungschefs der EU einigten sich am 10.12. darauf, dass Uwe Corsepius, der europapolitische Berater von Bundeskanzlerin Merkel, in 18 Monaten, also Mitte des Jahres 2011, die Nachfolge des heutigen Ratssekretärs Pierre de Boissieu antreten wird. Pierre de Boissieu wird zu diesem Zeitpunkt in den Ruhestand treten. Dies wird noch einmal in einer Ratsentscheidung formalisiert.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/12/2009-12-12-pk-bk-bruessel.html>

Dr. Michael A. Köhler wird Kabinettschef von Günther H. Oettinger

Ministerpräsident Günther H. Oettinger hat entschieden, nach der Bestätigung der Kommission durch das EP, die am 26. 01.10 erwartet wird, den derzeitigen Kabinettschef von Kommissar Joe Borg (Fischerei/Malta) zu seinem Kabinettschef zu ernennen.

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

Europäischer Rat bestätigt EU-Erweiterungspolitik

Die Staats- und Regierungschefs übernahmen die Schlussfolgerungen des Rates vom 07.12. wonach die **Türkei** in den Beitrittsverhandlungen positive Beiträge geleistet habe. Es liege an der Türkei, den Verhandlungsprozess zu beschleunigen. Hierzu müssten die Reformen verstärkt und die Beziehungen zu Zypern normalisiert werden. Die Beitrittsverhandlungen mit **Kroatien** träten in die Endphase, im Dezember beginne eine Arbeitsgruppe mit dem Entwurf des Beitrittsvertrags. Über die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit **Mazedonien** (FYROM) werde in der kommenden Präsidentschaft entschieden; dies erfordere eine Lösung des Namensstreits mit Griechenland. Zu den Beitrittsanträgen von **Island**, **Albanien** und **Montenegro** werde Stellung genommen sobald die Berichte der Kommission vorliegen. Der gesamte **Westbalkan** habe eine europäische Perspektive. **Serbien** könne dank seiner Verwaltungskraft besonders rasche Fortschritte machen. Der Rat entschied, dass das Interimsabkommen mit Serbien über Handelerleichterungen unverzüglich umgesetzt werde. Über die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens werde in den nächsten sechs Monaten entschieden. **Bosnien und Herzegowina** müsse dringend Reformen durchführen. Ohne funktionierendes Staatswesen könnten keine Beitrittsverhandlungen anvisiert werden. Im **Kosovo** blieben noch große Probleme zu lösen; die EU werde über die Rechtsstaatsmission EULEX und den Vorbeitrittsprozess weitere Hilfen leisten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/111832.pdf

Umsetzung der Östlichen Partnerschaft schreitet planmäßig voran

An dem ersten Außenminister-Treffen im Rahmen der Östlichen Partnerschaft, das am 08.12. in Brüssel stattfand, nahmen die Außenminister der 27 Mitgliedstaaten, der Länder Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und Ukraine sowie Vertreter der EU-Institutionen teil. Die bilateralen Arbeiten mit Blick auf die weitere Vertiefung der Beziehungen schreiten zufriedenstellend voran. So werden 2010 voraussichtlich mit fünf Ländern der Östlichen Partnerschaft Verhandlungen über Assoziationsabkommen aufgenommen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1891&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/external_relations/eastern/index_en.htm

Europäischer Rat in Sorge über iranisches Atomprogramm

Der Europäische Rat fordert Iran erneut nachdrücklich auf, seinen Verpflichtungen aus den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und der IAEO uneingeschränkt und unverzüglich nachzukommen. Er sieht sich aber weiterhin verpflichtet, auf eine diplomatische Lösung des Problems des iranischen Nuklearprogramms hinzuwirken. Besorgt ist der Europäische Rat auch über anhaltende Menschenrechtsverletzungen und über die Lage Mitarbeiter von diplomatischen Vertretungen der Europäischen Union und europäischen Bürgern in Iran, die kürzlich vor Gericht gestellt wurden, und fordert weiterhin ihre unverzügliche und bedingungslose Freilassung. Jede gegen einen Mitgliedstaat der EU gerichtete Maßnahme werde als Maßnahme gegen die gesamte EU aufgefasst.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf

Europäischer Rat für verstärktes Engagement in Afghanistan

Der Europäische Rat begrüßt die jüngste Ankündigung Präsident Obamas, dass die Vereinigten Staaten ihr Engagement für Afghanistan und Pakistan verstärken werden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten stellten gegenwärtig –zusätzlich zu den umfangreichen Beiträgen der EU-Mitgliedstaaten zur Sicherheit im Rahmen der ISAF – nahezu 1 Mrd. EUR pro Jahr für verschiedene zivile, politische und entwicklungspolitische Maßnahmen in Afghanistan bereit. Der Europäische Rat bekräftigt das Engagement der EU für den afghanischen Polizei- und Justizsektor, unter anderem durch die EU-Polizeimission in Afghanistan. Auf der internationalen Konferenz am 28.01.10 in London erwarte die EU Zusagen der afghanischen Regierung bei der Korruptions- und Drogenbekämpfung sowie der sozioökonomischen Entwicklung.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf

Europäische Union bestätigt Haltung zu Nahostfriedensprozess

In ihrer Entschließung vom 08.12. drückten die EU-Außenminister ihre ernsthafte Sorge über den mangelnden Fortschritt bei den Friedensverhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Behörde aus. Sie riefen zur Wiederaufnahme von Verhandlungen auf, die zu einem lebensfähigen Palästinenserstaat führen müssten. Ein Friedensabkommen müsse auf der Grundlage der Entschließungen des Weltsicherheitsrats, den Madrider Prinzipien einschließlich Land für Frieden, der Roadmap, den bereits früher erzielten Einigungen und der arabischen Friedensinitiative aufbauen. Die EU werde keinerlei Änderung der Grenzen gegenüber dem Stand vor 1967 akzeptieren, die nicht von beiden Seiten akzeptiert worden sind. Dies gelte auch für Jerusalem.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/111833.pdf

b) Außenhandel

Euromed-Minister für verstärkte Handelsbeziehungen im Mittelmeerraum

Handelsminister aus den Mitgliedstaaten der EU und den Ländern des Mittelmeerraums trafen sich am 09.12. in Brüssel, um die nächsten Schritte zur Errichtung einer umfassenden Freihandelszone Europa-Mittelmeer bis 2010 zu erörtern. Den gemeinsamen Vorsitz bei diesem Treffen führten die EU-Kommissarin für Handel und Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, der Minister für Handel und Industrie Ägyptens, Herr Rachid, die Ministerin für Außenhandel Frankreichs, Frau Anne-Marie Idrac, und die Handelsministerin Schwedens, Frau Ewa Björling. In ihrer Schlusserklärung sprachen sich die Minister für eine weitere Liberalisierung des Handels aus.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1890&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=472&serie=279&langId=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/547&type=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=en>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

Wege zur Verbesserung der Steuererhebung in Entwicklungsländern

Um die entscheidende Rolle der Steuersysteme für die Entwicklung zu beleuchten und die negativen Auswirkungen schädlicher Steuerpraktiken und einer mangelnden Zusammenarbeit auf die Entwicklungsländer hervorzuheben, veranstalteten Karel De Gucht, EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe, László Kovács, EU-Kommissar für Steuern und Zollunion, und Eva Joly, Vorsitzende des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments, am 09.12. in Brüssel eine gemeinsame Konferenz zum Thema Steuern und Entwicklung im Dienste der

Armutsbekämpfung. Auf der Konferenz sind mögliche politische Maßnahmen erörtert worden, mit denen die Steuereinnahmen in Entwicklungsländern erhöht werden können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1895&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/development/services/events/tax_development/index.cfm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/545&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales und Chancengleichheit

Diskriminierung von Minderheiten und Zuwanderern in EU weit verbreitet

Nach einer repräsentativen Erhebung unter 23.000 Angehörigen ethnischer Minderheiten und Zuwanderergruppen durch die Europäische Agentur für Grundrechte (FRAU) ist einer von vier Befragten in den letzten 12 Monaten mindestens einmal Opfer einer Straftat gewesen. Elf Prozent der Befragten aus Nordafrika hätten Diskriminierungen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft in einem Geschäft oder schon beim Versuch, ein Geschäft zu betreten, erlebt. Ungleichbehandlung sei besonders häufig am Arbeitsplatz, in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Wenige Angriffe, Bedrohungen und schweren Belästigungen würden gemeldet, wofür mangelnde Kenntnisse und wenig Vertrauen in die Erfolgsaussichten verantwortlich seien. Die EU-Kommission erklärte anlässlich des Menschenrechtstags am 10.12., dass die allen Formen der Diskriminierung in der EU und in der gesamten Welt entschieden entgegen trete.

http://fra.europa.eu/fraWebsite/eu-midis/eumidis_main_results_report_en.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1901&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Gesundheit

Unangemeldete Inspektionen bei Pharmaunternehmen

Die Kommission bestätigte, dass am 09.12. Durchsuchungen bei mehreren Pharmaunternehmen in mehreren EU-Mitgliedstaaten statt gefunden haben. Grund ist der Verdacht von Kartellabsprachen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/546&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EWR-Staaten an Agentur für Gesundheit am Arbeitsplatz beteiligt

Der Rat beschloss eine Vorlage für den Gemeinsamen EWR-Ausschuss zur Änderung von Protokoll 31 (Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten) zum EWR-Abkommen) wodurch die Teilnahme von Island, Liechtenstein und Norwegen an der Europäischen Agentur für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz in Bilbao (Spanien) ermöglicht werden soll.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/111649.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15043.de09.pdf>

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

a) Ernährung

Kommission startet Online-Abstimmung über das neue Bio-Logo der EU

Bis zum 31. 01.10 kann über die drei Finalisten des Logo-Wettbewerbs abgestimmt werden. Mit dem neuen Logo sollen der Verbraucherschutz verbessert und der biologische Landbau gefördert werden. Im Gegensatz zu dem derzeitigen Logo wird das Gewinnerlogo verpflichtend sein für alle vorverpackten biologischen Erzeugnisse, die aus den 27 Mitgliedstaaten stammen und die Kennzeichnungsnormen erfüllen.



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1883&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/agriculture/organic/logo/index_de.htm

b) Landwirtschaft

EU-Kommission sieht Zukunft der Berglandwirtschaft positiv

In einer Rede am 07.12. präsentierte Kommissarin Fischer Boel das neueste Arbeitsdokument der Kommission zur Zukunft der Berglandwirtschaft („Peak performance: New Insights into Mountain Farming in the European Union“). Danach sei das Durchschnittseinkommen der Bauern in Berggebieten mit 13.800 EUR jährlich pro Arbeitskraft fast identisch mit dem in anderen benachteiligten Gebieten, aber niedriger als das Einkommen in nicht benachteiligten Gebieten (ungefähr 18.900 EUR im Schnitt). Die Gefahr der Betriebsaufgabe sei in Berggebieten geringer als anderswo. Viele Bergbauern hätten auch Nebeneinnahmen; dieser Anteil schwanke allerdings zwischen mehr als 80 und gerade einmal 20% in den einzelnen Mitgliedstaaten. Nach 2013 könnte eine Neugewichtung der Umweltkriterien mehr Direktzahlungen in Berggebieten ermöglichen. Die Kommission prüfe auch einen rechtlichen Schutz für das Label „Bergprodukt“.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/573&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/agriculture/rurdev/publi/index_en.htm

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

Binnenmarkt ist Eckpfeiler der europäischen Integration

Nach den Schlussfolgerungen des Rates Wettbewerbsfähigkeit zur Lissabonner Strategie für die Zeit nach 2010 ist der Binnenmarkt der Eckpfeiler der europäischen Integration. Er habe in der derzeitigen Wirtschaftslage seine Widerstandskraft unter Beweis gestellt. Die EU sollte aus den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Binnenmarkt Lehren für die Zukunft ziehen. In einer globalisierten Wirtschaft sichere ein starker Binnenmarkt nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. Die neue Kommission sollte eine klare und kohärente Wettbewerbsstrategie für einen reibungslos funktionierenden Binnenmarkt im kommenden Jahrzehnt konzipieren.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st16/st16112.de09.pdf>

Rat befasst sich mit Glückspiel und Wetten in der EU

Der Rat Wettbewerbsfähigkeit nahm am 03./04.12. einen Bericht der Präsidentschaft zu Glücksspielen und Wetten zur Kenntnis, der auf die primäre Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verwies. Grenzen der nationalen Zuständigkeit würden durch das Fallrecht des Europäischen Gerichtshofes aufgezeigt. Sinnvoll sei es, im Rat einen weiteren Erfahrungsaustausch über die Rechtsgrundlagen zu führen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/111732.pdf

(Council

Competitiveness)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st16/st16571.en09.pdf>

b) Wettbewerbsrecht

Kommission geht gegen Patentfallen bei Lizenzgebühren vor

Die EU-Kommission hat per Entscheidung die Zusagen des Chipdesigners Rambus Inc für rechtsverbindlich erklärt, wonach das Unternehmen sich unter anderem verpflichtet hat, bei der Erhebung von Lizenzgebühren für bestimmte Patente auf DRAM-Chips (Dynamic Random Access Memory) die Lizenzgebühr von 3.5 auf 1.5% des Chippreises zu senken. Die amerikanische Firma hatte bei der Entwicklung von Normen für Speicherchips mitgewirkt, ohne ihre eigenen Patente offen zu legen. Beschwerden kamen von Chipherstellern wie Infineon. Die Kommission nahm diesen Fall zum Anlass, eine Überarbeitung der Leitlinien für horizontale Absprachen anzugehen, um eine Offenlegung von Patenten in Normungsverfahren zu erreichen. Anfang 2010 werde eine öffentliche Konsultation zu einem Entwurfstext durchgeführt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1897&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/comm/competition/antitrust/cases>.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/544&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Kommission begrüßt diskriminierungsfreie Lizenzkonditionen durch ICom

Die Kommission hat die öffentlich erklärte Bereitschaft des deutschen Patentrechte-Verwerter ICom begrüßt, für von der Bosch-GmbH erworbene Telekommunikations-Patente deren frühere Zusage zu übernehmen, unwiderrufliche Lizenzen nach dem FRAND-Grundsatz (gerechte, vernünftige und nicht diskriminierende Bedingungen) zu vergeben. ICom hatte von Bosch mehrere Patente übernommen, die die Grundlage für verschiedene Normen des Europäischen Instituts für Telekommunikationsnormen (ETSI) und für die UMTS-Technik bilden. Bosch war diese Verpflichtung eingegangen, als die betreffenden Normen entwickelt wurden. Die Kommission erklärte, dass, wenn standardessentielle Patente den Besitzer wechseln, auch einschlägige FRAND-Verpflichtungen auf den neuen Eigentümer übergehen sollten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/549&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Beihilfen für Opel dürfen Wettbewerb nicht verzerren

Bei einem informellen Treffen des Rates Wettbewerbsfähigkeit (03./04.12.) mit Vertretern von General Motors bestand Einigkeit darüber, dass Beihilfen nur nach streng wirtschaftlichen Kriterien und nach Billigung durch die Kommission vergeben werden dürfen. Notwendig sei ein hohes Maß an Transparenz hinsichtlich der Vorhaben von General Motors. Auf jeden Fall müssen ein Subventionswettbewerb und eine Aufspaltung des Binnenmarkts vermieden werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/111732.pdf

(Council

Competitiveness)

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

Informeller EU-Gipfel zu Wirtschaftsstrategie im Februar 2010

Der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, der sein Amt offiziell am 1. Januar 2010 antritt, hat am 10.12. für Februar einen informellen Rat angekündigt, bei dem über die Wirtschaftsstrategie der Europäischen Union, die in Zukunft EU 2020 heißen wird, beraten wird.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/12/2009-12-12-pk-bk-bruessel.html>

b) Energie

Energieminister zogen Bilanz der laufenden Politiken

Im Rat Energie am 07.12. nahmen die Minister Kenntnis von dem bereits mit dem EP abgestimmten **Energieeffizienzpaket**. Dieses betrifft die Gebäude-Effizienz-Richtlinie, und die Richtlinie zur Kennzeichnung des Energieverbrauchs. Beide Richtlinien müssen noch an die neuen Rechtsgrundlagen nach dem Vertrag von Lissabon angepasst werden. Die Verordnung zur Kennzeichnung von Reifen hinsichtlich der Energieeffizienz und anderer Parameter ist bereits verabschiedet.

Beim Vorschlag zur Sicherung der **Gasversorgung** stimmten sie im Wesentlichen dem Vorschlag der Kommission zu; die meisten Minister billigten auch bindende Auflagen für Infrastruktur und Versorgung. Die spanische Präsidentschaft will vor Ende Juni 2010 eine politische Einigung erzielen.

Die Minister begrüßten im Allgemeinen auch die Mitteilung der Kommission zur Umsetzung des Entwicklungsplans für kohlenstoffarme Technologien (**SET-Plan**).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/111791.pdf (Council Energy)

Ljubljana wird Sitz der Energieregulierungsagentur

Die EU-Mitgliedstaaten haben Ljubljana (Slowenien) zum Sitz der neuen Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Agency for the Cooperation of Energy Regulators, ACER) bestimmt. Energiekommissar Andris Piebalgs begrüßte die Entscheidung als wichtigen Schritt für die wirksame Umsetzung des dritten EU-Legislativpakets zur Liberalisierung der Energiemärkte. Ihrer Gründungsverordnung zufolge muss die Agentur ab dem 3. März 2011 vollständig arbeitsfähig sein. Danach wird sie die Arbeit der nationalen Regulierungsbehörden ergänzen und koordinieren. Zudem wird sie bei der Erarbeitung europäischer Netzvorschriften mitwirken, verbindliche Einzelentscheidungen zu grenzüberschreitenden Infrastrukturen treffen und die EU-Organe im Energiebereich beraten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1885&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Finanzen

Europäischer Rat bestätigt finanzielle Zusagen zur Klimapolitik

Der Europäische Rat hofft, dass innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss der Kopenhagener Klimakonferenz ein rechtsverbindliches Instrument für den Zeitraum ab 01.01.13 vorliegt. Er appelliert dringend an alle Industrie- und Entwicklungsländer, sich zu angemessenen

Minderungsmaßnahmen zu verpflichten, damit die Erderwärmung unter zwei Grad (seit Beginn der Industrialisierung) bleibt. Die EU ist bereit, ihre Emissionen bis 2020 um 30% gegenüber dem Niveau von 1990 zu reduzieren, wenn sich die anderen Industrieländer zu vergleichbaren Reduzierungen und die Entwicklungsländer zu angemessenen Beiträgen verpflichten.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten seien auch bereit, den Entwicklungsländern für den Zeitraum 2010 bis 2012 eine Anschubfinanzierung von 2.4 Mrd. EUR jährlich zu bewilligen. Großbritannien hat sich verpflichtet, in den nächsten drei Jahren 1,3 Mrd. EUR beizusteuern. Frankreich und Deutschland jeweils rund 1.2 Mrd.. Die EU sei auch zu langfristigen und wesentlich höheren Finanzierungen bereit.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/12/2009-12-12-pk-bk-bruessel.html>

Europäischer Rat begrüßt Neuregelung für Finanzmarktaufsicht

In ihren Schlussfolgerungen vom 10./11.12. unterstützten die Staats- und Regierungschefs die vom Rat Wirtschaft und Finanzen am 02.12. erzielte allgemeine Ausrichtung auf ein Aufsichtssystem mit Behörden für Banken, Versicherungen und Wertpapiermärkte sowie die bereits am 20.10. erfolgte Einigung über einen Europäischen Ausschuss für Systemrisiken. Sie hoffen auf zügige Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament, damit das neue System im Laufe des Jahres 2010 eingeführt werden kann.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st17/st17398.en09.pdf> (Schreiben Finanzaufsicht, bisher nur engl.)

EZB zurückhaltend gegenüber abgeschwächter Finanzaufsicht

Bei seiner Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments am 07.12., erklärte der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, dass der Vorschlag der EU-Finanzminister mit nur geringen Befugnissen für die neuen Aufsichtsbehörden für Banken, Versicherungen und Wertpapiere, nicht die beste Lösung sei. Eine bessere Lösung wäre eine starke Aufsicht auf europäischer Ebene. Die EZB habe schon vor der Krise öffentlich erklärt, dass eine Zentralbank sehr enge Verbindungen zur Bankenaufsicht haben sollte. Bei der Anhörung durch die de-Larosiére-Gruppe habe die EZB vorgeschlagen, bei Konflikten zwischen nationalen Aufsichtsbehörden im Euroraum eine Schiedsrolle zu übernehmen; dies sei aber nicht aufgegriffen worden.

http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2009/html/sp091207_1.en.html

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-66095-341-12-50-907-20091207IPR66094-07-12-2009-2009-false/default_de.htm

Keine EU-Hilfen für Griechenland

Wie Bundeskanzlerin Merkel auf ihrer Pressekonferenz mitteilte, haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU am 10.12. auch mit der Lage in Griechenland befasst. Hier habe der griechische Ministerpräsident sehr eindeutig und sehr entschlossen gesagt, dass er fest daran arbeite, das griechische Defizit abzubauen. Der Präsident der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, habe unterstrichen, dass dies dringend notwendig ist. Griechenland habe sehr klar gemacht, dass es seine Verantwortung tragen wolle. Das heiße, es sei nicht darüber gesprochen worden, ob es in irgendeiner Weise zu Hilfsmaßnahmen kommt, sondern es sei ganz klar gewesen, dass Griechenland seine Verantwortung durch Strukturreformen in Griechenland wahrnehmen möchte.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2009/12/2009-12-12-pk-bk-bruessel.html>

Kommission beharrt auf Einhaltung des Stabilitätspakts durch Griechenland

Am 08.12. erklärte Kommissar Almunia angesichts negativer Bewertungen Griechenlands durch Ratingagenturen, dass die schwierige Lage eines Eurolandes eine Angelegenheit von

gemeinsamem Interesse für das gesamte Eurogebiet sei. Der griechische Haushaltsentwurf vom 20.11. sei nicht ausreichend. Die Kommission werde in engem Kontakt mit dem Vorsitzenden der Eurogruppe die Lage genau verfolgen und Griechenland bei der Erstellung eines Reformprogramms im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakt beistehen. Anzumerken ist, dass nach der Rüge im Ecofin-Rat am 02.12. die Kommission innerhalb von zwei Monaten neue Empfehlungen aussprechen muss, die innerhalb von sechs Monaten umzusetzen sind. Danach können bei weiterer Missachtung von Auflagen Sanktionen wie Zwangsgelder verhängt werden.
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/541&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EU-Gipfel bestätigt Grundsätze für Ausstieg aus Krisenmaßnahmen

Die Staats- und Regierungschefs der EU folgten den Stellungnahmen des Ecofin-Rates vom 02.12., wonach die politischen Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft erst dann zurückgenommen werden sollen, wenn der Aufschwung völlig gesichert ist. Es sei aber sehr wichtig, glaubwürdige und koordinierte Strategien für den Ausstieg aus den Krisenmaßnahmen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu entwickeln. Zur Vorbeugung von Risiken seien die Eigenkapitalanforderungen für Banken zu verschärfen und die Vergütung im Finanzsektor mit einem wirksamen Risikomanagement in Einklang zu bringen. Der Internationale Währungsfonds wird aufgefordert, über Ausgleichsmaßnahmen wie Versicherungsprämien, Abwicklungsfonds und eine globale Steuer auf Finanztransaktionen nachzudenken.
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st17/st17066.de09.pdf> (Ausstiegsstrategien)

Eine neue Strategie „EU 2020“

Die EU-Staats- und Regierungschefs erwarten, dass auf dem Frühjahrsgipfel eine umfassende Diskussion über die Nachfolge der Lissabon-Strategie geführt werden kann. Hierzu gehörten die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bei gleichzeitiger Wahrung von Investitionen und Sozialschutz, integrative und effiziente Arbeitsmärkte, Ausbau des Binnenmarkts, freier Außenhandel, eine „grünere“ Wirtschaft, Verbesserung des Wirtschaftsklimas insbesondere für die KMU und die industrielle Basis und die Stärkung der Wissensbasis. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken sollte verbessert werden. Die Sozialpartner sowie die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften seien stärker einzubeziehen.
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf

VII. Justiz und Inneres

Europäischer Rat beschließt Mehrjahresprogramm für Justiz und Inneres

Die Staats- und Regierungschefs beschlossen am 10./11.12. das Stockholmer Programm für die Jahre 2010 bis 2014. Die Kommission wird ersucht, einen Aktionsplan vorzulegen, der bis spätestens Juni 2010 angenommen werden soll. Zu den Prioritäten gehören eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Strafverfolgung, Grenzmanagement, Katastrophenschutz, Katastrophenmanagement und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen sowie ein gemeinsames Asylsystem bis 2012. Nutzbringend sei auch eine gut gesteuerte Zuwanderung. Die EU-Bürger sollen ihre Grundrechte innerhalb und gegebenenfalls auch außerhalb der EU uneingeschränkt ausüben können. Hierzu gehörten die Erweiterung des Schengenraums, besserer Zugang zur Justiz und der Schutz personenbezogener Daten.
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st17/st17024.de09.pdf> (Stockholmer Programm)

a) Justiz

Bestrafung von Drogenhandel weiterhin sehr uneinheitlich in der EU

In ihrem Bericht zum Rahmenbeschluss zur Festlegung von Mindestvorschriften für Straftaten und Strafen im Bereich des illegalen Handels mit Drogen kommt die Kommission zu dem Schluss, dass der Rahmenbeschluss zwar einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen strafrechtlichen Konzept für den illegalen Drogenhandel darstellt, aber keine wesentliche Angleichung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften bewirkt hat. Erschwerend kommt hinzu, dass Theorie und Praxis im Bereich des Strafrechts häufig auseinanderklafften.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1902&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://www.ec.europa.eu/commission_barroso/barrot/welcome/default_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/548&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

Musterbestimmungen als Orientierungspunkte im Bereich Strafrecht

Der Rat verabschiedete Schlussfolgerungen über Musterbestimmungen als Orientierungspunkte für die Beratungen des Rates im Bereich des Strafrechts.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/111649.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st16/st16798.de09.pdf>

b) Inneres

EU gewährte etwa 76.300 Asylbewerbern im Jahre 2008 Schutz

Von den 76 020 Personen, denen der Schutzstatus zugesprochen wurde, erhielten 40 000 den Flüchtlingsstatus, 25 500 subsidiären Schutz und 10 800 eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen. Die größten Gruppen waren Staatsangehörige des Irak (16 600 Personen bzw. 22% aller Personen, die als schutzberechtigt anerkannt wurden), Somalia (9 500 bzw. 12%), Russland (7 400 bzw. 10%), Afghanistan (5 000 bzw. 7%) und Eritrea (4 600 bzw. 6%). Im Jahr 2008 verzeichnete **Frankreich** (11 500) die höchste Zahl von Personen, denen ein Schutzstatus zugesprochen wurde, gefolgt von **Deutschland** (10 700), dem **Vereinigten Königreich** (10 200), **Italien** (9 700), **Schweden** (8 700), den **Niederlanden** (6 100) und **Österreich** (5 700). Die größten Gruppen in Deutschland kamen aus dem Irak, Iran und Afghanistan. In Österreich lautete die Reihenfolge Russland, Afghanistan und Serbien.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/175&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EFTA-Staaten in Außengrenzenfonds einbezogen

Der Rat fasste einen Beschluss über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Gemeinschaft – und vorläufige Anwendung des Übereinkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Republik Island, dem Königreich Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Außengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis .

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/111649.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15954.de09.pdf>

Kommission will verstärkt gegen Korruption vorgehen

Zum Internationalen Antikorruptionstag am 09.12. erklärte die EU-Kommission, dass im Zuge des Stockholm-Programms die Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen in den 27 Mitgliedstaaten der Union regelmäßig bewertet, die Zusammenarbeit gefördert und bewährte Verfahren verbreitet würden. Nach der letzten Eurobarometer-Umfrage meinten 78 % der Unionsbürger, dass

Korruption in ihrem Land ein großes Problem ist. Weitgehende Einigkeit herrsche in Bezug auf die Aussage, dass Korruption in Europa auf lokaler Ebene (81 %), nationaler Ebene (83 %) und in den EU-Institutionen (76 %) vorkomme. In Deutschland lauten diese Zahlen 80, 79, 81 und 84% und in Österreich 66, 63, 65 und 78%. In Griechenland sind die Zahlen mit 98, 96, 97 und 85% am höchsten und in Dänemark mit 35, 30, 31 und 72% bis auf die letzte Zahl am niedrigsten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1899&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_325_de.pdf

<http://www.unodc.org/yournocounts/>

Rat unterstützt Ausbau von zivilem Krisenmanagement

Der Rat billigte den umfassenden Bericht – "Ausbau und Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem JI-Bereich (Justiz und Inneres) und der zivilen Krisenbewältigung im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik"

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/111649.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15880.de09.pdf>

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

Strategie für nachhaltige Entwicklung

Die EU-Staats- und Regierungschefs stellten fest, dass eine Reihe nicht nachhaltiger Entwicklungstrends dringendes Handeln erforderlich mache. Erhebliche zusätzliche Anstrengungen seien nötig, um dem Klimawandel mit Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen zu begegnen, den hohen Energieverbrauch im Verkehrssektor zu senken und dem gegenwärtigen Verlust an biologischer Vielfalt und natürlichen Ressourcen entgegenzuwirken. Alle EU-Ausgaben und -Einnahmen seien einer umfassenden Haushaltsüberprüfung zu unterziehen. Die Kommission wird ersucht, einen Bericht vorzulegen, damit im Laufe des Jahres 2010 Leitlinien zu den Prioritäten vorgegeben werden können. Ferner soll die Kommission ihren Vorschlag für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen bis spätestens Juli 2011 vorlegen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/111898.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st16/st16818.de09.pdf> (Bericht des Vorsitzes)

Projekte für Kohlenstoffspeicherung und Windenergie gefördert

Die Kommission hat am 09.12. aus dem EU-Konjunkturprogramm sechs Projekte zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS) mit 1 Mrd. EUR und neun Offshore-Windenergie-Projekte mit 565 Mio. EUR gefördert. Hierunter sind 180 Mio. EUR für ein CCS-Demonstrationskraftwerk in Jämschwalde (Brandenburg) und ebensoviel für ein CCS-Vorhaben in Rotterdam, an dem Eon beteiligt ist. Nicht zum Zug kam der Antrag von RWE für ein CCS-Kraftwerk in Hürth (Nordrhein-Westfalen); dieses steht nunmehr auf einer Reserveliste. Für die Vernetzung deutscher, dänischer und schwedischer Windparks in der Ostsee (Kriegers Flak) werden 150 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Für Windkraftvorhaben in der Nordsee bei Borkum, Cuxhaven und Helgoland erhalten deutsche Firmen über 200 Mio. EUR.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1896&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/542&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/543&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Kommission besteht auf Einhaltung der EU-Luftqualitätsvorschriften

Die Europäische Kommission hat am 11.12. drei Beschlüsse über Anträge Bulgariens, Polens und des Vereinigten Königreichs auf Verlängerung der Frist zur Einhaltung der EU-Rechtsvorschriften zur Luftqualität erlassen. Die Beschlüsse betreffen Anträge auf eine befristete Ausnahme von der Anwendung der EU-Luftqualitätsnormen für gefährliche Feinstäube (PM 10) in 97 Gebieten und Ballungsräumen. Der an Polen gerichtete Beschluss betrifft außerdem einen Antrag auf Verlängerung der Frist zur Einhaltung der Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO₂) in einem Gebiet. Mit den Beschlüssen der Kommission werden Fristverlängerungen für PM 10 in fünf Luftqualitätsgebieten in Polen genehmigt; gegen alle anderen Anträge werden jedoch Einwände erhoben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1908&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/environment/air/quality/legislation/time_extensions.htm

<http://ec.europa.eu/environment/air/quality/standards.htm>

b) Verkehr

Erstreckung des Luftverkehrsabkommens EU-USA auf Island und Norwegen

Der Rat billigte die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung eines Abkommens durch das Norwegen und Island in das 2007 unterzeichnete „EU-US Open Skies Agreement“ aufgenommen werden. Fluggesellschaften der EU können nunmehr zwischen Island, Norwegen und den USA operieren. Umgekehrt können Fluggesellschaften aus Island und Norwegen zwischen der EU und den USA fliegen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/111649.pdf (Council JHA)

Internationale Sicherungsrechte bei Eisenbahnmaterial gebilligt

Der Rat fasste einen Beschluss über die Unterzeichnung des am 23. Februar 2007 in Luxemburg angenommenen Protokolls zum Übereinkommen über internationale Sicherungsrechte an beweglicher Ausrüstung betreffend Besonderheiten des rollenden Eisenbahnmaterials durch die Europäische Gemeinschaft

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/111649.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st13/st13949.de09.pdf>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

Jeder zweite in Europa nutzt das Internet täglich oder fast täglich

Fast die Hälfte aller Personen zwischen 16 und 74 nutzt das Internet täglich. Unter den Jüngeren (16 bis 24 Jahre) sind es sogar drei Viertel. Das geht aus einem Bericht von Eurostat über die Internetnutzung im ersten Quartal 2009 hervor. Danach verfügten 65 Prozent der Haushalte in der EU über einen Internetzugang; 56 Prozent hatten einen Breitbandanschluss. In Deutschland hatten 79% der Haushalte einen Internetzugang und 65% einen Breitbandzugang. In Österreich lauten diese Zahlen 70 bzw. 58%. Von den 16 bis 24-Jährigen nutzten in Deutschland 80% das Internet im Durchschnitt täglich oder fast täglich und von den 16 bis 74-Jährigen 55 Prozent. In Österreich waren es 70 bzw. 48%. In den letzten 12 Monaten haben in Deutschland 56% der Einzelpersonen Waren oder Dienstleistungen für private Zwecke über das Internet gekauft oder bestellt (EU insgesamt: 37%); in Österreich waren es 41%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/176&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Internetdomäne „.eu“ jetzt in allen EU-Sprachen

Ab 10.12. können europäische Bürger, Unternehmen und Organisationen die Namen ihrer Websites in der „.eu“-Domäne mit den Schriftzeichen aller 23 Amtsprachen der Europäischen Union registrieren lassen. Damit sind nun auch griechische oder kyrillische Namen wie zum Beispiel www.διαδίκτιο.eu oder www.поуминг.eu möglich. Die Voraussetzungen dafür hatte die Kommission im Juni 2009 mit dem Erlass neuer EU-Vorschriften geschaffen ([IP/09/1044](#)).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1903&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/218&format=HTML&aged=0&language=EN>

X: Bildung, Forschung, Kultur

Kommission legt Leitfaden zu Berufsqualifikationen vor

Die Kommission hat eine Übersicht über den Stand der Umsetzung der Richtlinie über Berufsqualifikationen in nationales Recht in den Mitgliedstaaten und einen Leitfaden für Benutzer veröffentlicht, in dem die Fragen der Bürger zu der Richtlinie beantwortet werden. Die Richtlinie hätte bis zum 20. Oktober 2007 von allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden müssen. Mehr als zwei Jahre später haben dies fünf Mitgliedstaaten – **Österreich**, Belgien, Frankreich, Griechenland und Luxemburg – immer noch nicht getan. Griechenland hat bis jetzt keine einzige entsprechende Maßnahme gemeldet. Die Richtlinie über Berufsqualifikationen von 2005 erleichtert die Freizügigkeit der Bürger, die sich als Selbstständige oder Arbeitnehmer niederlassen oder vorübergehend in einem anderen Mitgliedstaat tätig sein wollen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1898&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/news_de.htm.

Europäischer Master „Übersetzen“: Das EMT-Netz nimmt seine Arbeit auf

Das EMT-Netz, das Anbieter von Masterstudiengängen „Übersetzen“ vereint, kam am 08./09.12. in Brüssel zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Im September sind 34 Masterstudiengänge aus ganz Europa für zunächst einmal vier Jahre als Mitglieder in das EMT-Netz aufgenommen worden. Einen weiteren Bewerbungsauftrag wird es Ende 2010 geben. Mit dem EMT-Netz ist ein Qualitätssiegel für Übersetzungsstudiengänge auf Master-Niveau entstanden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1887&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

XI: Sonstiges

„Was hat die EU im letzten Jahr für Sie erreicht?“

Die Kommission hat ihr multimediales Jahrbuch zu den wichtigsten Errungenschaften der EU für das zu Ende gehenden Jahr erstellt. Die Themen reichen von der Erforschung neuer Behandlungsmethoden für Demenz bis hin zur Milderung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1905&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>